Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Ersterfassungsdatum: 15.02.2024
Aktenzeichen:
Antragsteller: CDU

CDU-Fraktion

Beschlussvorlage	**Drucksachen-Nr.: DS-36/2024**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Haupt - und Finanzausschuss	27.02.2024	
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel	12.03.2024	

Titel:

Antrag der CDU-Fraktion:
Streichung geplanter Stellen

Beschlussvorschlag:

Streichung der geplanten Stellen:

1. zusätzliche Stelle IT Systemadministration
2. Klimaschutzmanager
3. Kultur- und Seniorenbereich
4. Wohnungsbetreuung und Abrechnung Asyl

Begründung:

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen resultierend aus einer unklaren Zukunft und absehbar finanziellen Zusatzbelastung der Bürgerinnen und Bürger, mahnt zu einer umsichtigen kommunalen Haushaltsplanung. Immer mehr zusätzliche Stellen in der Verwaltung stellen auch dauerhafte Belastungen dar, welche u.a. durch stetig steigende Grundsteuern ausgeglichen werden müssen.

1. Speziell im IT-Bereich kann durch punktuellen Einkauf bei IT-Dienstleistern entsprechend benötigte Expertise eingekauft werden, welche z.B. für Belange der IT-Sicherheit von Nöten sind. Eine dauerhaft zusätzliche Stelle einzurichten, macht folgerichtig keinen Sinn.

2. Losgelöst von Fördermitteln, die der Kommune über einen kurzen Zeitraum zugutekommen (sind ebenfalls Steuergelder) ist von einer zusätzlichen Stelle abzusehen. Vielmehr sollte die Herausforderung der Verwaltung sein, diese Aufgabenstellung über vorhandene Ressourcen abzudecken oder auf interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) zu setzen.

3. Die geplante Stelle für die „Organisation“ der Belange des Seniorenbeirats ist

nicht nachvollziehbar. Dem Seniorenbeirat ist in seinem Wesen nicht die Rolle einer Veranstaltungsorganisation zugedacht. Der Kultur- und Seniorenbereich ist durch einen gut strukturierten Seniorenbeirat zum großen Teil abgedeckt. Darüber hinaus bietet die Stadt Bruchköbel in seinem Vereinsumfeld ausreichende Möglichkeiten an Angeboten. Dem Bekunden der städtischen Verwaltung nach, handelt es sich um einen Wunsch des Beirats eine solche Stelle einzurichten. Unter Berücksichtigung der defizitären Haushaltslage darf diesem Wunsch nicht entsprochen werden.

4. Die zusätzliche Stelle ist unter Berücksichtigung der defizitären Haushaltslage nicht vertretbar und auch nicht nachvollziehbar (derzeit 35 Wohneinheiten zu verwalten). Die Aufgabenstellung kann -sofern nicht über interne Ressourcen abbildbar – punktuell als Dienstleistung über externe Anbieter (z.B. Baugenossenschaft Bruchköbel) abgewickelt werden.

Anlage(n):
1. Original-Antrag